Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 13 (1921)

Heft: 5

Artikel: Lohnabbau

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-351437

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Lohnabbau.

In den Mittelpunkt des Interesses ist der «Lohnabbau» gerückt. Auch er ist wie die Krise eine internationale Erscheinung. In Amerika, in England, ja sogar in den valutaschwachen Ländern Deutschland, Oesterreich, Tschechoslowakei, Italien usw., überall stehen wir vor der gleichen Erscheinung. Der « Preisabbau » hatte kaum Zeit, sich anzumelden, machten schon die Industriellen die grössten Anstrengungen, die « hohen » Kriegslöhne auf ein « erträgliches Mass » zurückzudrücken. Leider ist die Situation diesem Vorhaben günstig, denn die Konkurrenz der arbeitslosen Reservearmee war noch nie so stark wie eben jetzt. Es lässt sich nachweisen, dass hauptsächlich in der Textilindustrie die Löhne gesunken sind, ohne dass die Oeffentlichkeit etwas davon merkte. In den Heimarbeitgebieten ist es nicht besser. Lohnreduktionen treten auf in der chemischen Industrie und in manchen Zweigen der Lebens- und Genussmittelindustrie. Unberührt davon sind bis jetzt nur die Gewerbe, in denen die Löhne tariflich geregelt sind, eben für die Zeit der tariflichen Bindung.

In der Maschinenindustrie haben nun die Unternehmer einen direkten Vorstoss gemacht, indem sie auf 1. Mai einen 10 %igen Abzug signalisierten. Selbstverständlich nahm der Metall- und Uhrenarbeiter-Verband gegen den angekündeten Lohnabbau Stellung. Bei den bisherigen Verhandlungen ist praktisch allerdings nicht viel herausgekommen, dagegen hat das Volkswirtschaftsdepartement eine neue Verhandlung auf die ersten Maitage angesetzt, die jedenfalls entscheidenden Charakter haben. Die übrige Arbeiterschaft ist an der Entwicklung der Lohnfrage stark interessiert, denn wenn es in der Maschinenindustrie zum Kampf kommt, wird dieser nicht auf die Metallarbeiter beschränkt bleiben. Verfügen die Unternehmer die Aussperrung, so ist das ein sicheres Zeichen, dass sie auf der ganzen Linie zum Angriff bereit sind. Es nützt nichts, behaupten zu wollen, die Chancen wären in einem solchen Kampf gegenwärtig für die Arbeiterschaft günstig. Sie sind es nicht. Die Exportindustrie ist lahmgelegt, sie arbeitet seit Monaten mit stark verminderten Kräften. Das Baugewerbe stagniert trotz der grossen Wohnungsnot. Die Baulust ist in Erwartung des « Preisabbaues » auf ein Minimum gesunken.

Die « hohen » Löhne, von denen als einem Hindernis für den « Preisabbau » gesprochen wird, sind dabei in den meisten Fällen sehr relativ. Sie sind « hoch », gemessen an den Kosten der Lebenshaltung von 1914, aber gering, gemessen an den Kosten der Lebenshaltung von 1921. Sie sind « hoch », gemessen an den Löhnen der deutschen und der österreichischen Arbeiter nach dem Stand der Valuta, aber nieder im Verhältnis zu den Brotpreisen in der Schweiz und in diesen valutaschwachen Ländern.

Leider haben wir keine absoluten Vergleichszahlen für die Entwicklung der Löhne seit 1914. Die Unternehmerverbände geben die Lohnsteigerung mit 150 bis 200 % an. So sehr sie sich in jedem Fall gegen eine Erhöhung der Löhne wehren, wollen sie die Welt glauben machen, die Arbeiter seien eigentlich die Nutzniesser der Kriegskonjunktur gewesen. Aus Erhebungen, die z. B. bei den Verbänden der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter und der Metallarbeiter gemacht worden sind, geht jedoch unzweifelhaft hervor, dass die Lohnerhöhungen nur in seltenen Fällen 150 % erreichten, dass sie in den allermeisten Fällen näher bei 100 % als bei 150 %, ja in vielen Fällen noch unter 100 % liegen. So ergab eine Erhebung unter den Metallarbeitern in Bern eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 124 %, die sich aber in Berücksichtigung der Arbeitszeitverkürzung auf effektiv 89 % reduzierte. Demgegenüber steht eine Verteuerung der Lebenshaltung, die nach den Indexzahlen des V. S. K. am 1. April 1921 gegenüber 1914 noch immer 130,64 % höher ist. In dieser Ziffer sind dazu wesentliche Posten, wie Steuern und Wohnungsmieten, die heute noch steigende Tendenz zeigen, nicht inbegriffen.

Aehnlich liegen die Dinge, wenn wir Vergleiche anstellen mit den Löhnen der deutschen Arbeiter. Gewiss arbeitet der deutsche Arbeiter heute, an der Valuta gemessen, billiger als der Schweizer Arbeiter. Ein tüchtiger Arbeiter mag 60 Mark im Tag, 1500 Mark im Monat, 18,000 Mark im Jahr verdienen — eine Direktorenbesoldung der Vorkriegszeit. Nach Schweizer Währung sind es noch keine 6 Fr. auf den Arbeitstag. Dagegen geht aus einer Zusammenstellung des eidg. Ernährungsamtes hervor, dass wir in der Schweiz nahezu die teuersten Lebensverhältnisse haben. So kostet das Brot in Frankreich 53 Rp., in Italien 46 Rp., in Deutschland 24 Rp., in Holland 63 Rp., in der Schweiz 75 Rp. In andern, insbesondere Importprodukten, mag die Differenz geringer sein, dagegen sind die Unterschiede in den Wohnungsmieten geradezu ungeheuerlich. Im allgemeinen haben sich in Deutschland die Arbeitslöhne verachtfacht, sind also um etwa 800 % gestiegen, die Wohnungsmieten aber nur um 30—60 %.

Der Schweizer Arbeiter braucht seinen heutigen Lohn zur Fristung der nackten Existenz, darüber ist gar nicht zu streiten. Wenn nun die Unternehmer der Meinung sind, es müsse der Lohn abgebaut werden, um die Weltmarktkonkurrenz aushalten zu können, so bleibt zu untersuchen, ob von ihrer Seite die Vorbedingungen für den Lohnabbau geschaffen wurden. Man wird das verneinen dürfen. Die Preisreduktionen der Fabrikate lassen mit Ausnahme gelegentlicher Ausverkäufe einen ins Gewicht fallenden Preisabbau vermissen. Eine Reihe von Industrie- und Bankunternehmen richtet trotz Wirtschaftskrise Dividenden aus, die geradezu schamlos hoch sind. Der beginnende Preisabbau auf dem Warenmarkt wie auf dem Lebensmittelmarkt wird mit Unterstützung der Industriellen mit allen Kräften sabotiert. Während früher die Industriellen die Bestrebungen der Arbeiter nach niederen Zöllen unterstützt haben, gehen sie heute mit den Hochschutzzöllnern in der Landwirtschaft Arm in Arm, die hohe Zölle auf Zerealien, Früchte, Gemüse, Eier, Milchprodukte, Vieh und Fleisch verlangen, damit diese dann ihrerseits hohen Einfuhrzöllen auf Industrieprodukte zustimmen. Der Bund unterstützt diese Zollpolitik kräftig, weil es für ihn das bequemste Mittel ist, das Loch in der Bundeskasse zu verstopfen. Mit einer unerhörten Erhöhung des Tabakzolls und der Zölle einer Reihe von Gebrauchsartikeln ist man vorangegangen. Unterdessen brütet eine Kommission im Bundeshaus über die weitere Ausplünderung des Volkes durch Zollerhöhungen und Zollzuschläge. Hand in Hand mit diesen Sabotagemassnahmen regnet es Einfuhrverbote und -beschränkungen auf alle möglichen Artikel zum « Schutze » des heimischen Gewerbes. Den Bauern kommt man bereitwillig entgegen durch Sperrung der Grenzen gegen die Zufuhr von fremdem Schlachtvieh. Das geschieht mit Hilfe des eidg. Veterinäramtes, angeblich aus seuchenpolizeilichen Gründen. Wer das hört, lacht. Um den Schein zu wahren, gestattet man dann die beschränkte Einfuhr von Fleisch. Das Vieh wird also in den Grenzschlachthöfen geschlachtet. Der Effekt ist eine Steigerung der Arbeitslosigkeit im Metzgergewerbe und die Defizitwirtschaft unserer brachliegenden Schlachthöfe. Man mag hinblicken, wo man will, es ist eine geradezu polnische Wirtschaft. Von Voraussicht und

Wahrung der Allgemeininteressen keine Spur, alles ist nur auf die Profitinteressen von Interessencliquen zugeschnitten.

Es ist aber auch eine mehr als stümperhafte Volkswirtschaft, die Konkurrenzfähigkeit der Industrie auf dem Weltmarkt dadurch herzustellen, dass man den Arbeitern, unbekümmert um ihre wirtschaftliche Lage, einfach den Lohn kürzt. Was würde man von der Bäuerin halten, die den Hühnern die Futterationen kürzt, weil die Eierpreise sinken?

Die Schweiz ist heute ein Industrieland. Für die Bevölkerung von vier Millionen Menschen reicht die einheimische landwirtschaftliche Produktion längst nicht mehr aus. Es muss zugekauft werden. Soll die schweizerische Industrie mit der fremden konkurrieren können, so muss dafür gesorgt werden, dass die Kosten der Lebenshaltung den Weltmarktpreisen angepasst werden. Das bedingt, dass alle künstlichen Schranken fallen. Die schweizerische Landwirtschaft muss sich auf die Gewinnung solcher Produkte beschränken, die der Bodenbeschaffenheit des Landes und den klimatischen Verhältnisesn angemessen sind. Sie hat darin bedeutende Entwicklungsmöglichkeiten, und auch die Arbeiterschaft will sie hierin nach besten Kräften fördern.

Dagegen unterliegt es keinem Zweifel, dass ein Lohnabbau unter den gegebenen Verhältnissen die industrielle Stagnation nicht beseitigt, die Arbeiter nicht kaufkräftig macht und so in letzter Linie auch der Landwirtschaft schadet statt nützt.

Der Selbsterhaltungstrieb und die Interessen der Volkswirtschaft zwingen die Arbeiterschaft, sich dem einseitigen Preisabbau mit allen verfügbaren Kräften zu widersetzen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund zum Wiederaufbau in Nordfrankreich und Belgien.

In einer Konferenz in Genf am 17. Februar 1921 wurde die Frage des Wiederaufbaues von Vertretern der deutschen und französischen Bauarbeiter behandelt. In einer Entschliessung dieser Konferenz wurde den Regierungen beider Länder vorgeschlagen, «selbst und unter eigener Kontrolle eine Arbeits- und Produktionsorganisation zu schaffen, welche die Ausführung der Wiederaufbauarbeiten übernehmen könnte».

Das *Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes* nahm in seiner Sitzung vom 14. und 15. März dazu Stellung. In einer Resolution erklärte es u. a., dass der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ein unbedingtes Erfordernis für das ökonomische Gleichgewicht Europas und für die Herstellung eines wahren Friedens sei; dass dies nur durch das Zusammenwirken der Arbeiter aller in Betracht kommenden Länder erzielt werden könne; dass Zwangsmassregeln nur den Hass neu entfachen und Europa in neue Abenteuer stürzen werde; dass dagegen das Genfer Uebereinkommen zwischen den französischen und deutschen Bauarbeitern als Grundlage für einen Wiederaufbau dienen könne. Das Bureau nahm ferner Kenntnis von einer Erklärung von Vertretern der deutschen Arbeiter, wonach die deutschen Gewerkschaften wiederholt bekundet haben, dass es Deutschland obliegt, diesen Wiederaufbau auszuführen.

Als dann die Londoner Verhandlungen über die Wiedergutmachung sich zerschlugen und die Entente weitere Gebiete Deutschlands militärisch besetzte, wurde auf den 31. März und 1. April eine *Konferenz von Vertretern der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich, Belgien, Deutschland und England* nach Amsterdam einberufen. Dabei glaubte man anfangs, dass auch Besprechungen mit den gleichzeitig tagenden sozialistischen Organisationen möglich seien; die vorläufigen Besprechungen ergaben jedoch, dass die Abhaltung einer gemeinsamen Beratung, so wünschenswert eine solche an sich gewesen wäre, mit Rücksicht auf die Schärfe der politischen Gegensätze derzeit nicht möglich war. Der Internationale Gewerkschaftsbund beschränkte sich darauf, den beiden politischen Organisationen die von der Gewerkschaftskonferenz einstimmig angenommene Resolution zu übermitteln, um die Möglichkeit zu schaffen, die gemeinsamen Punkte herauszufinden und diese gemeinsam zu fördern.

Diese internationale Gewerkschaftskonferenz, die zum Zwecke der Prüfung der durch das Scheitern der Londoner diplomatischen Verhandlungen für die Arbeiterschaft geschaffenen Lage einberufen worden war, bestätigte die obenerwähnte Resolution des Bureaus vom 14. März; sie stellte ferner den Fehler der Regierungen fest, für das Problem der Wiedergutmachungen eine ausschliesslich finanzielle Lösung gesucht zu haben; sie erklärte, dass angesichts der Ohnmacht der kapitalistischen Regierungen, dem durch den Krieg entstandenen Chaos zu entrinnen, die internationale Solidarität der Arbeiter das Problem lösen müsse, und endlich, dass diese Lösung nur in einem freundschaftlichen Zusammenwirken der Völker gesucht werden könne.

Das ist zweifellos alles durchaus richtig. Aber weiter erklärt die Gewerkschaftskonferenz, dass es Pflicht der Entente-Regierungen sei, Deutschland ohne Säumen in den Völkerbund aufzunehmen, und ferner, dass die Gewerkschaften ihre Macht aufbieten sollen, um ihre Regierungen zu Verhandlungen und zur Verständigung zu zwingen. Dafür haben wir nun gar kein Verständnis. Den Völkerbund hat die schweizerische Arbeiterschaft als eine kapitalistische Interessen-Einrichtung grundsätzlich abgelehnt; unseres Erachtens widerspricht sich die Gewerkschaftskonferenz, wenn sie das Unvermögen der kapitalistischen Regierungen feststellt, im gleichen Atemzug aber dem Völkerbund dieser Regierungen ruft. Richtig ist, den Regierungen die internationale Arbeitersolidarität entgegenzustellen; aber diese hat nichts mit dem Völkerbund zu tun. Und wenn die Gewerkschaften stark genug sind, um die Regierungen zu etwas zu zwingen, dann werden sie gleich etwas ganz anderes erzwingen als eine Verständigung der Regierungen darüber, wie die Wiedergutmachungen durchgeführt werden können, ohne dass den Besitzenden und den Kriegshyänen etwas von ihrem Ueberfluss und von ihren Privilegien genommen werden muss!

Als praktisches Resultat der Gewerkschaftskonferenz ist zu buchen das Verlangen, es sei ein internationales Reparationsinstitut zu schaffen, das mit dem Studium der technischen Organisation, der allgemeinen und finanziellen Verwaltung der Wiederaufbauarbeit zu betrauen sei. Dieses Institut soll zusammengesetzt werden aus Vertretern der Arbeiterorganisationen und des Internationalen Gewerkschaftsbundes, aus technischen und industriellen Vertretern und den offiziellen Vertretern der beteiligten Nationen. Die Mittel dazu sollen durch internationale Anleihen aufgebracht werden, die von Deutschland in Jahresraten abgetragen werden sollen. Die Arbeiter Deutschlands sollen darüber wachen, dass die hierfür nötigen Summen hauptsächlich von den Kapitalisten aufgebracht werden, die aus dem Kriege Nutzen gezogen haben.

Die Schaffung eines solchen Instituts ist jedenfalls der Prüfung wert.